



Nr. 46

5. Dezember 2025

Friedrichstraße 169
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Inhalt

Wahlen

[Heini Schmitt ist neuer dbb Fachvorstand Beamtenpolitik](#)

Einkommensrunde öffentlicher Dienst

[Geyer mahnt Länder: „Verantwortung übernehmen!“](#)

Bund-Länder-Beschlüsse

[Modernisierungsagenda: Geyer lobt Bekenntnis zum öffentlichen Dienst](#)

Gast beim dbb Bundeshauptvorstand

[Ralph Brinkhaus: „Vielen Dank für Ihren Dienst!“](#)

Internationaler Tag der Menschen mit Behinderung

[Wagner: Barrierefreiheit auch bei Digitalisierung mitdenken](#)

Hansestadt Hamburg

[Zulage „Bürgernahe Dienste“: TdL verweigert die Zustimmung](#)

dbb senioren

[Tag des Ehrenamtes: Am Gemeinwohl orientiert](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Schleswig-Holstein

[Besoldung: Landesregierung macht erste Zugeständnisse](#)

Thüringen

[Dienstrechtsnovelle \(endlich\) beschlossen](#)

Verband Bildung und Erziehung (VBE)

[Ganztag: Quantität ausbauen, Qualität sichern](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuelle

Informationsdienst des dbb



Wahlen

Heini Schmitt ist neuer dbb Fachvorstand Beamtenpolitik

Mit der Wahl von Heini Schmitt ist die dbb Bundesleitung wieder komplett und gut aufgestellt, um die Probleme des öffentlichen Dienstes anzupacken.

„Ich freue mich auf die neuen Aufgaben und bedanke mich für das entgegengebrachte Vertrauen der Delegierten“, sagte Heini Schmitt nach seiner Wahl zum dbb Fachvorstand Beamtenpolitik am 1. Dezember 2025 in Berlin. „Aktuell gilt es stärker denn je, den Wert des Berufsbeamtentums in den gesellschaftlichen Fokus zu rücken. Es ist Stabilitätsanker in Krisenzeiten und fungiert als Bollwerk gegen Extremismus. Schließlich schwören die Kolleginnen und Kollegen einen Eid auf die Verfassung. Ganz entscheidend ist, dass wir den Markenkern des Berufsbeamtentums bewahren und weiter für die Attraktivität des öffentlichen Dienstes arbeiten. Nur so können wir die dringend benötigten Fachkräfte für die Zukunft des öffentlichen Dienstes gewinnen.“

Heini Schmitt ist seit November 2015 Landesvorsitzender des dbb hessen und Mitglied der

Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG). Seine Wahl erfolgte durch den dbb Bundeshauptvorstand, dem höchsten Gremium des dbb, das außerhalb der Gewerkschaftstage Entscheidungen trifft. Schmitt folgt auf Waldemar Dombrowski, der im Mai 2025 nach schwerer Erkrankung verstorben war.

„Ich freue mich sehr auf die Zusammenarbeit mit Heini Schmitt“, sagte Volker Geyer, Bundesvorsitzender des dbb. „Mit Heini Schmitt gewinnt die Bundesleitung eine kompetente Persönlichkeit, die sich mit den Kernthemen des Beamtenrechts auskennt, über viel gewerkschaftliche Erfahrung verfügt und voller Tatendrang steckt. Wir stehen in den nächsten Monaten bei der Verteidigung der Grundsätze des Berufsbeamtentums vor entscheidenden Herausforderungen, denen wir gemeinsam mit Kompetenz und Solidarität begegnen werden.“

Einkommensrunde öffentlicher Dienst

Geyer mahnt Länder: „Verantwortung übernehmen!“

„Die Hoffnung auf konstruktive Verhandlungen haben sich leider schnell zerschlagen – das wird Folgen haben“, sagte dbb-Chef Volker Geyer.

Die Gewerkschaften fordern für die Beschäftigten der Länder 7 Prozent höhere Einkommen, mindestens 300 Euro sowie weitere Verbesserungen. Doch beim Verhandlungsauftritt am 3. Dezember 2025 war die TdL (Tarifgemeinschaft deutscher Länder) kaum sprechfähig. „So absehbar es war, so ärgerlich ist es trotzdem, dass sich die TdL als Tarifpartner präsentiert hat, der keinen Plan hat, kein Angebot macht und kein konstruktives Ziel verfolgt“, kritisierte dbb-Chef Volker Geyer im Anschluss. „Die Arbeitgebenden verstecken sich hinter der Aussage, unsere Forderungen seien nicht zu verantworten. Das haben sie auch schon nach unserem Forderungsbeschluss vor zwei Wochen geschrieben. Inwieweit es verantwortungsvoll ist, ohne Plan und ohne Angebot in Verhandlungen einzusteigen, erschließt sich mir jedoch nicht.“

Für den weiteren Verlauf formulierte der dbb Bundesvorsitzende eine klare Erwartungshaltung: „Tarifverhandlungen zu führen, bedeutet

Verantwortung zu übernehmen. Die demographischen Realitäten treffen den öffentlichen Dienst jetzt und nicht erst in ferner Zukunft. Die Unzufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit dem Staat rührt auch daher, dass er an zu vielen Stellen nicht mehr ordentlich funktioniert. Dazu fehlt es nämlich allerorten an Personal – etwa in den Unikliniken, den Justizvollzugsanstalten oder den Schulen.“

Um den Druck zu erhöhen, erteilte der dbb seinen Fachgewerkschaften unmittelbar im Anschluss an den enttäuschenden Auftakt die Streikfreigabe bis zur nächsten Verhandlungsrunde. Geyer: „Die Kolleginnen und Kollegen sind frustriert über die Ignoranz der Arbeitgebenden und werden das mit ersten Protestaktionen zum Ausdruck bringen.“

Hintergrund: Von den Verhandlungen mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) sind etwa 3,5 Millionen Beschäftigte betroffen: Direkt ca. 1,1 Millionen Tarifbeschäftigte der



Bundesländer (außer Hessen), indirekt ca. 1,4 Millionen Beamtinnen und Beamte der entsprechenden Länder und Kommunen sowie rund eine Million Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger. Es sind noch zwei

weitere Verhandlungsrunden für den 15./16. Januar sowie den 11.-13. Februar 2026 vereinbart. Alle Informationen zur Einkommensrunde gibt es unter www.dbb.de/einkommensrunde.

Bund-Länder-Beschlüsse

Modernisierungsagenda: Geyer lobt Bekenntnis zum öffentlichen Dienst

Bund und Länder haben sich auf eine föderale Modernisierungsagenda mit zahlreichen Einzelmaßnahmen geeinigt. Die Pläne für die Verwaltung lobt dbb-Chef Volker Geyer grundsätzlich.

Mit Blick auf die Zukunft des öffentlichen Dienstes heißt es in den Beschlüssen, dass „Staatsmodernisierung nur mit einem modernen, leistungsfähigen öffentlichen Dienst gelingen kann“. Dieses Bekenntnis lobte der dbb Bundesvorsitzende Volker Geyer am 4. Dezember 2025: „Unsere Mahnungen haben offensichtlich gewirkt und es ist bei allen angekommen: Staatsmodernisierung und Verwaltungsdigitalisierung gelingen nur mit, nicht gegen die Beschäftigten. Wir freuen uns auch, dass viele unserer langjährigen Forderungen, etwa die Flexibilisierung bei den Arbeitszeitmodellen und die Modernisierung des Dienstrechts, nun als Ziele aufgenommen wurden – besser spät als nie.“

Konkret soll die Personalgewinnung, -entwicklung und -steuerung reformiert und der öffentliche Dienst „als attraktiven Arbeitgeber im Wettbewerb um die besten Köpfe“ positioniert

werden. Außerdem wollen Bund und Länder „die Durchlässigkeit zwischen öffentlichem Dienst, Wissenschaft und Wirtschaft“ verbessern. Eine stärkere „Öffnung für externe Fachkräfte und Seiteneinsteiger“ wird angestrebt. Und: „Arbeitszeit- und Arbeitsortmodelle sollen so weiterentwickelt werden, dass Leistungsfähigkeit, Vereinbarkeit und Flexibilität im Sinne der Aufgabenwahrnehmung steigen.“ Die Innenminister- und die Finanzministerkonferenz sollen dazu bis Juni 2026 konkrete Vorschläge entwickeln. Geyer sagte dazu: „Die Pläne müssen nun schnell mit Leben gefüllt werden. Wir werden die gesamte föderale Modernisierungsagenda jetzt analysieren, in unseren Gremien diskutieren und den Prozess dann weiterhin eng begleiten. Gerade zu den beamtenrechtlichen Aspekten bringen wir natürlich unsere Positionen ein, damit die Perspektive der Kolleginnen und Kollegen aus der Praxis berücksichtigt wird.“

Gast beim dbb Bundeshauptvorstand

Ralph Brinkhaus: „Vielen Dank für Ihren Dienst!“

Der dbb Bundesvorsitzende Volker Geyer und der Bundestagsabgeordnete Ralph Brinkhaus sind sich einig: Es braucht eine staatliche Aufgabenkritik.

Brinkhaus ist Vorsitzender der CDU-Arbeitsgruppe für Digitales und Staatsmodernisierung. Als Gast beim dbb Bundeshauptvorstand machte er deutlich, dass er froh über die in Deutschland herrschende Rechtsstaatlichkeit sowie die funktionierende Daseinsfürsorge sei. Möglich sei das durch die Leistung der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. „Vielen Dank für Ihren Dienst“, so der CDU-Politiker.

Mit Blick auf die Modernisierungsagenda der Bundesregierung waren sich Geyer und Brinkhaus einig, dass der Staat in vielen Bereichen aktuell nicht mehr so funktioniere wie gewünscht. Der dbb-Chef machte dazu deutlich:

„Wir sagen ja zur Digitalisierung. Wir sagen ja zum Einsatz von KI. Das alles brauchen wir schon aufgrund des demografischen Wandels. Aber wir sagen nein zu einem pauschalen Stellenabbau ohne Aufgabenkritik.“

Der Abgeordnete Brinkhaus betonte, dass der viel beschworene Bürokratieabbau „nur ein Pflaster“ sei, wenn die dahinterliegenden systemischen Ursachen nicht angegangen würden. „Welches Bild haben wir vom Staat? Welche Aufgaben soll er übernehmen?“, fragte er und warb für mehr Eigenverantwortung der Menschen und für mehr Vertrauen des Staates



in die Bürgerinnen und Bürger. „Diese Priorisierung der Aufgaben können und müssen Sie von der Politik einfordern.“

Internationaler Tag der Menschen mit Behinderung **Wagner: Barrierefreiheit auch bei Digitalisierung mitdenken**

Die Bundesregierung will das Behindertengleichstellungsgesetz ändern. Aus Sicht des dbb sind Nachbesserungen dringend erforderlich.

Defekte Fahrstühle und fehlende Rampen schränken die Mobilität für Menschen mit Gehbehinderung ein. Kompliziert formulierte Texte lassen Menschen mit Lernschwierigkeiten ratlos zurück. Und Internetseiten, die nicht barrierefrei aufgebaut sind, stellen Menschen mit Sehbehinderung vor große Herausforderungen.

„Das sind Beispiele für Barrieren, die auch im öffentlichen Raum existieren und die wir zwingend beseitigen müssen“, sagte Maik Wagner, stellvertretender Bundesvorsitzender des dbb, am 2. Dezember 2025 mit Blick auf den Tag der Menschen mit Behinderung. „Wir müssen alle, die mit einer körperlichen oder geistigen Einschränkung leben, besser unterstützen und integrieren. Dabei kommt dem Behindertengleichstellungsgesetz eine zentrale Bedeutung zu.“ Laut Bundesministerium für Arbeit und Soziales soll das Kabinett am 17. Dezember 2025 über das Gesetz entscheiden.

In Deutschland leben 13 Millionen Menschen mit einer Behinderung, davon besteht nur ein geringer Anteil seit der Geburt. „Die Gesellschaft altert und mit dem Alter steigt die Zahl der Betroffenen“, sagte Wagner. „Wir brauchen mehr Tempo bei der Herstellung baulicher Barrierefreiheit. Der Staat muss mit gutem Beispiel vorangehen. Jeder Tag, an dem Barrieren fortbestehen, ist einer zu viel und erschwert Menschen den Alltag.“

Nicht zuletzt verwies der dbb-Vize auf die Bedeutung der Barrierefreiheit bei der Digitalisierung: „Websites müssen einfach aufgebaut sein, damit sich alle mit kognitiven Einschränkungen zurechtfinden. Klar ist auch: Ohne Kompatibilität mit Screenreadern – im Sinne von Menschen mit Sehbehinderungen – geht es nicht. Und Videos brauchen Untertitel, damit auch Gehörlose die Inhalte erfassen können.“

Hansestadt Hamburg **Zulage „Bürgernahe Dienste“: TdL verweigert die Zustimmung**

Im Oktober hatten sich die Tarifparteien auf einen Kompromiss zum Tarifvertrag Zulage Bürgernahe Dienste geeinigt. Doch jetzt stellt sich die Mitgliederversammlung der TdL quer.

„Was als echter Attraktivitätsbooster für Hamburg geplant und geeint war, droht jetzt zum Rohrkrepiere zu werden“, kommentierte dbb-Tarifchef Andreas Hemsing am 1. Dezember 2025 die Mitteilung des Arbeitgeberführers Andreas Dressel. Nachdem die Gremien von dbb und ver.di dem Kompromiss längst zugestimmt hatten, erreichte die Gewerkschaften nun die Mitteilung des Arbeitgebers, dass die Mitgliederversammlung der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) ihrem Vorsitzenden nicht folgen und Teilen der Einigung nicht zustimmen will.

Der Zweite Vorsitzende des dbb hat für dieses Verhalten kein Verständnis: „Hier hätte innerhalb der TdL früher und klarer kommuniziert werden müssen. Das Vertrauen der Landesbeschäftigten in die Freie und Hansestadt Hamburg ist schwer beschädigt. Sie durften damit rechnen, dass das Wort des Verhandlungsführers zählt. Aber auch mit Blick nach vorn ist Porzellan zerschlagen worden.“ Deshalb werde der dbb sich bemühen, der Hamburger Tarifeinigung doch noch zur Geltung zu verhelfen. Hemsing unmissverständlich: „Das wird nicht leicht und kann nur funktionieren, wenn innerhalb der TdL erkannt wird, was in den nächsten Wochen und Monaten auf der Tagesordnung steht. Beim Hamburger



Problem und während der Potsdamer Einkommensrunde geht es nicht darum, dass die Länder den Titel ‚Sparfuchs des Jahres‘ erringen. Es geht vielmehr darum, Handlungsfähigkeit und Zuverlässigkeit zu beweisen. Das wollen die Beschäftigten sehen und das brauchen die Bürger – mehr denn je. Die TdL ist gefordert!“

Hintergrund

Bereits in den Tarifverhandlungen zur Einkommensrunde 2023 mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder wurde über eine Stadtstaatenzulage für die Beschäftigten, Auszubilden-

den, Studierenden, Praktikantinnen und Praktikanten in den Ländern Berlin, Bremen und Hamburg verhandelt. Für Berlin wurde im Anschluss die Hauptstadtzulage tarifiert. Für Bremen und Hamburg wurde in der Tarifeinigung vom 9. Dezember 2023 vereinbart, dass ab dem 1. Juli 2025 Gespräche über eine Zulage für Beschäftigte, die insbesondere bürgernahe Dienste wahrnehmen, aufgenommen werden können. Am 29. Oktober 2025 einigten sich dbb und die Freie und Hansestadt Hamburg auf einen Kompromiss zum Tarifvertrag Zulage Bürgernahe Dienste. Dieser wird jetzt von der Arbeitgeberseite wieder infrage gestellt.

dbb senioren

Tag des Ehrenamtes: Am Gemeinwohl orientiert

Freiwilligenarbeit stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Auch Ältere gestalten so unsere Gesellschaft mit, hebt dbb-Seniorenchef Horst Günther Klitzing hervor.

„Das Ehrenamt ist für viele Ältere eine Möglichkeit, ihre Lebenserfahrungen und Kenntnisse weiterzugeben und sich einzubringen“, erklärte Klitzing, der als Vorsitzender der dbb bundes-seniorenvertretung selbst ehrenamtlich tätig ist. Aus Anlass des Tages des Ehrenamtes am 5. Dezember 2025 betonte er: „Das Ehrenamt ist eine Quelle der persönlichen Erfüllung und der Dankbarkeit. Denn wer gibt, der empfängt auch. Das Gefühl, gebraucht zu werden und etwas zu bewirken, stärkt nicht nur die eigene Persönlichkeit, sondern fördert auch die sozialen Beziehungen und die Lebensqualität. Ich rufe Sie auf zu prüfen, ob Sie nicht Zeit und Lust haben, sich in einem Ehrenamt zu engagieren. Setzen Sie sich im Kleinen, in Ihrer direkten Umgebung, für eine gute Sache ein.“

Laut aktueller Statistiken engagieren sich rund 40 Prozent der über 65-Jährigen in Deutsch-

land freiwillig im sozialen, kulturellen und sportlichen Bereich. Dies zeige, so Klitzing, einmal mehr, dass Ältere aktiv zur Gestaltung unserer Gesellschaft beitragen. Sie übernehmen Verantwortung und setzen sich für das Wohl der Gemeinschaft ein – sei es als ehrenamtliche Helfer, Berater oder Mentoren.

„Der Internationale Tag des Ehrenamtes erinnert uns daran, wie wichtig der freiwillige Einsatz für unsere Gesellschaft ist. Ich danke allen Ehrenamtlichen, die mit ihrem unermüdlichen Einsatz unseren Zusammenhalt stärken und die Welt zu einem besseren Ort machen.“

Hintergrund: Der Internationale Tag des Ehrenamtes geht auf eine Initiative der UNO zurück und wird seit 1986 jedes Jahr am 5. Dezember begangen. Die Vereinten Nationen wollen so auf die herausragende Bedeutung von freiwilliger Arbeit aufmerksam machen.

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Schleswig-Holstein

Besoldung: Landesregierung macht erste Zugeständnisse

Finanzministerin Silke Schneider hat gegenüber dem Finanzausschuss des Landtages und gegenüber dem dbb schleswig-holstein das geplante Vorgehen zur Herbeiführung einer verfassungskonformen Besoldung dargelegt. Danach sollen alle bestehenden und künftigen Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes umgesetzt werden, was ab dem Jahr 2025 antragsunabhängig erfolgen soll.



„Die Umsetzung der höchstrichterlichen Vorgaben ist allerdings kein Entgegenkommen, sondern eine rechtsstaatliche Selbstverständlichkeit“, so dbb Landesbundvorsitzender Kai Tellkamp am 4. Dezember 2025. Der dbb sh bleibt dran und wird mit juristischem Rückenwind Rechnungen ausstellen, die voraussichtlich hoch ausfallen werden.

Die Einordnung nach den Ausführungen der Finanzministerin:

Besoldung 2025: Die kürzlich bekanntgegebenen Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes zur Überprüfung der Verfassungskonformität der Besoldung sollen im Jahr 2026 nach Vorliegen der Tarifeinigung für die Länder umgesetzt werden, antragsunabhängig auch rückwirkend für 2025. Nach unserer Überzeugung sind Nachzahlungen erforderlich. Das Finanzministerium gesteht dies grundsätzlich ein und möchte Rücklagen bilden. Wer auf „Nummer Sicher“ gehen möchte, sollte trotzdem einen Antrag stellen. „Denn wir wissen nicht, wie das angekündigte Gesetz tatsächlich aussehen wird und ob die aus unserer Sicht bestehenden Erfordernisse beachtet werden. Vorliegende Anträge werden ruhend gestellt“, so der dbb Landesbund.

Besoldung 2022 bis 2024: Die seit dem Jahr 2022 geltenden schleswig-holsteinischen Besoldungsregelungen liegen dem Bundesverfassungsgericht ebenfalls zur Überprüfung vor (Beschluss des Verwaltungsgerichts Schleswig vom 11. November 2025 sowie Verfassungsbeschwerde zwecks Klärung der Zulässigkeit von familieneinkommensabhängigen Zuschlägen). Sobald Entscheidungen vorliegen, sollen sie umgesetzt werden. „Auch hier gehen wir von einem Korrekturbedarf aus, zumal die neuen Berechnungsvorgaben des Bundesverfassungsgerichtes anzuwenden sind. Vorliegende, noch nicht beschiedene Anträge werden ruhend gestellt.“

Besoldung 2007 bis 2021: Auch bezüglich der Einbußen infolge der Kürzung/Streichung des „Weihnachtsgeldes“ ist es gelungen, beim Bundesverfassungsgericht eine Entscheidung „anzufordern“, die hoffentlich alsbald folgt. In Anbetracht der aktuellen Entscheidungslage hat die Finanzministerin nach eigener Aussage an Optimismus eingebüßt. Nachzahlungserfordernisse würden infolge der für den Zeitraum gegebenen Gleichstellungszusage für alle Beamtinnen und Beamte greifen.

Thüringen

Dienstrechtsnovelle (endlich) beschlossen

In der Plenarsitzung am 4. Dezember 2025) hat der Landtag das Gesetz zur Änderung des Dienstrechts beschlossen.

Zum 1. Januar 2026 wird das Gesetz in Kraft treten und über 50 Regelungsbereiche aus vier Beamtenengesetzen (Thüringer Beamtengesetz (ThürBG), Thüringer Laufbahngesetz (Thür-LaufbG), Thüringer Disziplinargesetz (ThürDG), Thüringer Beamtenversorgungsgesetz (ThürBeamtVG)) modernisieren und ändern. Einzig die Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamtinnen und -beamte und Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte wird mit einer zeitlichen Versetzung (um sechs Monate) erst im Sommer 2026 in Kraft treten.

Für Beamtinnen und Beamte in Thüringen hat das heute beschlossene Gesetz eine enorme Bedeutung. Aus einer Vielzahl von Änderungen sind hier exemplarisch ein paar Beispiele

genannt: Es stärkt die Beschäftigten im öffentlichen Dienst in Thüringen, es regelt den Arbeitsalltag, den Beschäftigtendatenschutz, es präzisiert das Beihilferecht neu, es regelt die Ausbildungskostenerstattung beim Abwerben, regelt die Nebentätigkeit neu, Zugang zur Beamtenlaufbahn wird vereinfacht und der Laufbahnwechsel wird durchlässiger. Im Lehrerberaum entfällt die Beurteilungspflicht zur Regelbeurteilung und im Bereich Polizei wurde die Kennzeichnungspflicht und das äußere Erscheinungsbild neu geregelt.

Der tbb dankt allen Thüringer Fraktionen, die sich für die Modernisierung des Dienstrechts eingesetzt haben und die große Bitte des tbb erhörten, das Gesetz noch dieses Jahr zu verabschieden, um das Inkrafttreten zum Jahresbeginn 2026 zu ermöglichen.



Verband Bildung und Erziehung (VBE)

Ganztag: Quantität ausbauen, Qualität sichern

Das Bundeskabinett hat den dritten Bericht der Bundesregierung über den Ausbaustand der ganztägigen Bildungs- und Betreuungsangebote für Grundschulkinder beschlossen. In der Pressemitteilung des Bundesministeriums für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) wird verlautbart, dass damit gerechnet wird, zu Beginn des Rechtsanspruchs im Schuljahr 2026/27 „ein (eher) bedarfsdeckendes Angebot vorhalten“ zu können.

Der Bundesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), Gerhard Brand, sagte dazu am 3. Dezember 2025: „Es gibt aus unserer Sicht keinen Grund zum Jubeln. Wir wissen, dass in den Kommunen gerade viel dafür getan wird, um dem Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung nachzukommen. Gleichzeitig sehen wir bedenkliche Lösungsoptionen. So werden älteren Kindern die Betreuungsplätze verwehrt, um den erhöhten Bedarf für die Kinder der ersten Klasse decken zu können. Anderswo werden die Kinder mehrerer Schulen zu einem Standort gefahren, um sie dort zu betreuen – in einem Umfeld, das sie nicht kennen, mit Betreuungspersonal, das schwer mit ihren Lehrkräften kooperieren kann. Selbst wenn es mit größter Anstrengung gelingen wird, den Rechtsanspruch umzusetzen, sehen wir gerade nicht, dass das Mehr an Zeit

pädagogisch wertvoll genutzt werden kann. Und das wird sich von Jahr zu Jahr verschärfen, wenn die Bedarfe auf die weiteren Jahrgangsstufen ausgedehnt werden. Wir erwarten, dass die Bemühungen der Länder eine quantitativ ausreichende und qualitativ angemessene Ganztagsbetreuung sichern. Wenn der Rechtsanspruch Sinn ergeben soll, muss es Anspruch sein, dass der Ganztag einen Rahmen dafür bildet, bestehende Entwicklungsbedarfe ganzheitlich anzugehen, die Kinder zu fördern und zu fordern. Er kann dann eine Chance sein, alle Kinder besser auf die Anforderungen der Schule vorzubereiten und sie in ihrem schulischen Alltag zu begleiten. Voraussetzung dafür ist der Einsatz von gut ausgebildeten und dafür vorbereiteten Fachkräften.“



Namen und Nachrichten

In der dritten Verhandlungsrunde am 27. November 2025 konnten sich **dbb** – handelnd für seine Fachgewerkschaft GeNi und die Arbeitgeberseite (AMEOS Klinika Hildesheim/Hammeln und Osnabrück) einigen. Damit konnten

erneut weitere negative Forderungen der Arbeitgeberseite abgewehrt werden. Die Einigung steht noch unter dem Vorbehalt der jeweiligen Gremienzustimmungen. Alle Details gibt es auf www.dbb.de.

Termine:

9. Dezember 2025

Europäischer Abend:

„Sicherheit für Europa. Wie verteidigungsbereit sind wir?“

Weitere Informationen unter www.dbb.de

11.-13. Januar 2026

dbb Jahrestagung 2026

„Starker Staat – krisenfest und bürgernah“

Weitere Informationen unter www.dbb.de

15.-16. Januar 2026

Einkommensrunde der Länder 25/26

2. Verhandlungsrunde

Weitere Informationen unter www.dbb.de

11.-13. Februar 2026

Einkommensrunde der Länder 25/26

3. Verhandlungsrunde

Weitere Informationen unter www.dbb.de